

Eine für Alle! Die Bürgerversicherung

Einladung zur Diskussion

Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung - alles wird teurer, Leistungen werden gestrichen. Die sozialen Sicherungssysteme sind nicht mehr zu finanzieren. Wirklich nicht? Oder ist die Bürgerversicherung die Lösung? Darüber diskutieren:

Wolfgang Gottschalk - Bezirksvorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
Markus Kurth - Grüner Bundestagsabgeordneter und sozialpolitischer Sprecher

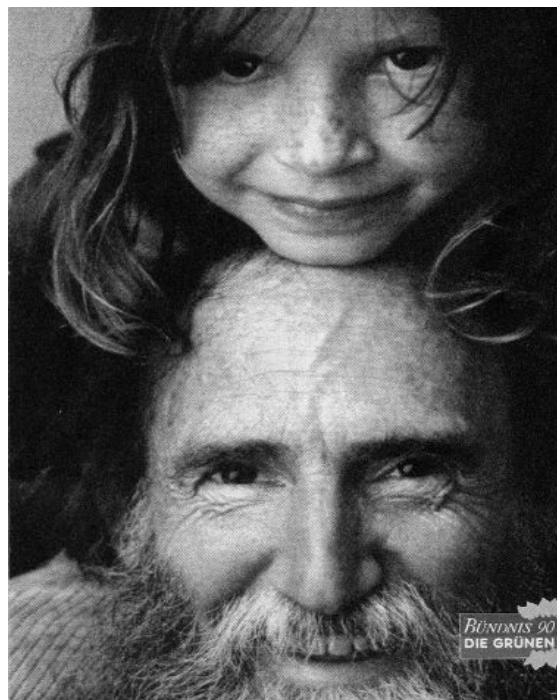
Dienstag
18. November 2003
19.30 Uhr
Museums-Café Buer
Horster Straße 5-7

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

Der notwendige Wechsel:

Die sozialen Sicherungssysteme müssen für alle Menschen dieser und der folgenden Generation bewahrt werden. Deshalb ist es unbedingt notwendig, dass das bestehende System reformiert werden muss. Wir benötigen nicht nur mehr Eigenverantwortung der BürgerInnen, sondern auch mehr Gemeinschaftssinn und soziale Gerechtigkeit bei der Finanzierung der Sicherungssysteme. Die Probleme der demografischen Entwicklung belasten uns schon heute, viel größere Schwierigkeiten wird es aber in den nächsten 20-30 Jahren geben, wenn wir jetzt keine grundlegende Reform einleiten.

Weitere Informationen auf der Rückseite ...



Auf einen Blick: Die Bürgerversicherung bringt:

- ✓ Eine solidarische Finanzierung
- ✓ Zugang und Sicherung für alle
- ✓ Bezieht alle Einkommensarten und -gruppen mit ein,
- ✓ Die Sozialsysteme werden unabhängiger von der konjunkturellen Entwicklung,
- ✓ Sinkende Lohnnebenkosten fördern mehr Investitionen in Arbeitsplätze!

Die Bürgerversicherung im Internet:

www.verdi.de/gesundheitsreform
www.solidarischebuergerversicherung.de
www.kopfpauschalen.de



www.gruene.de

Eine für Alle! Die Bürgerversicherung

Die GRÜNE Idee

Durch die Bürgerversicherung werden alle Bürger einbezogen. Und allen BürgerInnen wird der Zugang zu den Sozialsystemen ermöglicht. Durch die Veränderungen in der Wirtschafts- und Arbeitswelt und die demografische Entwicklung ist die ausschließliche Finanzierung der Sozialversicherungssysteme über den Faktor Arbeit heute überholt. Das wollen wir ändern! Die Beitragsbemessungsgrundlage soll in der Zukunft auf alle Einkommensarten ausgeweitet werden. Die Höhe des Einkommens ist entscheidend. Auch Beamte, Politiker und Selbstständige müssen in die Bürgerversicherung aufgenommen werden. Dadurch werden die Beiträge gerechter verteilt und der Beitragssatz deutlich gesenkt. Dieses Modell ist grundsätzlich auf die Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung übertragbar, bedarf aber verschiedener Rahmenbedingungen!

Die Debatte

Wir brauchen Reformen im Gesundheitswesen. Das betrifft sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgaben-seite. Wir benötigen mehr Wettbewerb und mehr Effizienz bei den Erbringern der Leistungen. In der Zukunft wollen wir allerdings nicht auf Leistungseinschränkungen und Privatisierung von Risiken setzen, sondern wir wollen die Finanzierung des Gesundheitssystems auf eine breite Basis stellen. Wir wollen dieses Modell parteiübergreifend diskutieren und erarbeiten und werben um eine

breite gesellschaftspolitische Debatte. Eine Bürgerversicherung wird keine Einheitsversicherung sein, sondern sie muss zu mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen führen. Dieser Wettbewerb muss über möglichst gute Leistungsangebote, ihren Kundenservice und vor allem durch die Konkurrenz der Beitragssätze definiert werden.

Ein Blick auf das Versicherungssystem in der Schweiz ist bei der Frage der Ausgestaltung sehr lohnenswert. Dort gibt es eine Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung. Dort zahlen in der Krankenversicherung alle BürgerInnen einen Pauschalbetrag unabhängig vom Einkommen. Bei der Rentenversicherung findet in der Schweiz allerdings eine Umverteilung von hohen zu niedrigen Einkommen statt. Der soziale Ausgleich wird dort über Steuergelder finanziert.

Die Bürgerversicherung muss auch in der Renten- und Pflegeversicherung nach Auffassung der GRÜNEN installiert werden. Auch hier ist die weitgehend auf den Faktor Arbeit reduzierte Finanzierung nicht zu halten.

Die Umgestaltung

Unser Gesundheits- und Rentensystem muss effizienter und gerechter werden. Nur durch die Anpassung der Sozialversicherungssysteme an die demografische Entwicklung wird das gelingen. Die GRÜNEN werden sich deshalb bei der Ausgestaltung an der Zugangs- und Teilhabegerechtigkeit für alle orientieren. Der Systemwechsel zur Bürger-

versicherung wird einige Jahre brauchen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass die Richtungsentscheidung "Eine für alle!" noch in dieser Legislaturperiode erfolgt.

"Der DGB fordert seit langem die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung in die schrittweise alle Selbstständigen, Beamten und auch geringfügig Beschäftigten einbezogen werden können."
Ursula-Engelen-Kefer,
Vizechefin des DGB

"Der Weg in die Bürgerversicherung ist der Weg in eine gesicherte und solidarische Sozialversicherung für die jetzige und die nachfolgende Generation! Wenn wir jetzt nicht handeln verspielen wir die Zukunft unser Kinder!"
Matthias Schmitz,
Vorstandssprecher
Bündnis 90/Grüne
Gelsenkirchen

"Wir haben die Bürgerversicherung auch in der Rürup-Kommission als eine Option vorgeschlagen. Die Löhne und Gehälter, die man zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung heranziehen kann, über diejenigen hinaus, die jetzt schon gesetzlich versichert sind, sind mehr oder weniger komplett ausgequetscht."

Prof.Dr. Karl Lauterbach,
Mitglied der Rürup-Kommission

☞-----
Meine Anschrift (mit Telefon und e-mail,
falls gewünscht):.....
.....
.....

- Ich möchte Informationen über die Bürgerversicherung.
- Ich möchte Informationen über das Thema:
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied werden!

An
Bündnis 90/Die Grünen
Wildenbruchstraße 15-17
45888 Gelsenkirchen



Telefon: 0209 / 20 11 71
gruene.ge@cityweb.de
www.gruene-gelsenkirchen.de